



# Androsch: „Falsche Politik“

Der frühere SPÖ-  
Finanzminister  
ist erzürnt über  
Schul-Sparpläne.

**Wien** – Kein gutes Haar lässt der Industrielle und frühere Vizekanzler Hannes Androsch an der Bildungspolitik der Bundesregierung. Der ehemalige Finanzminister ortet eine „falsche Politik“, die sich gegen die Zukunft richtet. Er erinnert mit Blick auf die angekündigten Sparpläne an den Schulen und den Universitäten an die Aussagen von Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl im Vorfeld der Nationalratswahl. Für Androsch befindet sich so Österreich tatsächlich „auf dem Weg hin zu einer abgedandelten Republik“. Aus seiner Sicht trifft sich auf der Regierungsbank die Bildungsfeindlichkeit der ÖVP mit der Intellektuellenfeindlichkeit der SPÖ.

Unterdessen formiert sich auch bereits im Internet zunehmend Widerstand gegen die geplanten Einsparungen an den Schulen: Die Facebook-Gruppe „Elternaufstand“ hat bereits mehr als 9000 Unterstützer gesammelt. (TT)

[Mehr auf Seite 11](#)



# „So sandelt Österreich wirklich ab“

Der frühere SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch geißelt die geplanten Einsparungen an den Schulen.

Von Michael Sprenger

**Wien** – Während SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder versucht, die Dimension der Einsparungspläne im Bildungsbereich zurechtzurücken und Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) die „volle Unterstützung“ des SPÖ-Klubs zusichert, gehen die Wogen weiter hoch. Die angekündigten Kürzungen an den Schulen sind für den Sprecher der AHS-Direktoren, Wilhelm Zillner, eine „pädagogische Katastrophe“. So sollen unter anderem die Schüler in den Oberstufen wieder in größeren Klassen unterrichtet werden.

Besonders hart ins Gericht mit dieser Art von Bildungspolitik geht der Initiator des Bildungs-Volksbegehrens.

Der frühere SPÖ-Finanzminister und Vizekanzler Hannes Androsch sieht so „Österreich wirklich auf dem Weg hin zu einer abgesandelten Republik“. Im Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung* geißelt er die „falsche Politik“ der Bundesregierung. „Während man weiterhin keine ernsthaften Bemühungen betreibt, gegen Frühpensionen vorzugehen, setzt man bei Einsparungen im Bereich der Schule und der Universitäten die falschen Prioritäten. Das ist keine Politik für die Zukunft, sondern die Fortschreibung eines Vergangenheitsprogramms“, erklärte Androsch.

Ob es ihn besonders schmerzt, dass ausgerechnet eine sozialdemokratische Bildungsministerin bei den Schulen den Rotstift ansetzt? „Ganz offensichtlich will Fi-



Hannes Androsch zur Bundesregierung: „Hier trifft sich die Bildungsfeindlichkeit der ÖVP mit der Intellektuellenfeindlichkeit der SPÖ.“ Foto: APA

nanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) mit seinen Einsparungsvorgaben für die Ministerien Heinisch-Hosek den schwarzen Peter zuschieben. Dieses frivole Spiel veranstaltete die ÖVP bereits mit der früheren Bildungsministerin Claudia Schmied. Aber dass sich Heinisch-Hosek den schwarzen Peter zuschieben lässt, ist allerdings ein Ärgernis. Das hat doch mit Gerechtigkeit, von der meine Partei immer spricht, nichts zu tun. In dieser Frage trifft die bekannte Bildungsfeindlichkeit der ÖVP auf die Intellektuellenfeindlichkeit in der SPÖ. Mit Blick auf die kommenden Wahlgänge wird mir jetzt schon angst und bange. Deshalb kann ich im Sinne der SPÖ, aber in erster Linie im Sinne der Schüler und Studenten nur auf eine Kurskorrektur hoffen.“

Der Industrielle Hannes Androsch steht mit seiner Warnung nicht alleine. „Wir sehen die Einsparungen im Bildungsbereich besorgt“, er-

klärte am Donnerstag auch Siemens-Österreich-Generaldirektor Wolfgang Hesoun.

Doch auch in der SPÖ macht sich Widerstand breit. Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann will die Kürzungen an Schulen „nicht kampflos“ hinnehmen, die oberösterreichische Abgeordnete Daniela Holzinger sieht „staatlichen Zukunftsraub“, auch die NR-Abgeordnete Marianne Gusenbauer-Jäger fordert ebenfalls die Rücknahme der Maßnahmen.

Heinisch-Hosek muss in ihrem Ressort heuer 57 Millionen Euro und im nächsten Jahr 60 Millionen Euro einsparen. Ein Drittel der Summe soll aus der Verwaltung kommen, der Rest durch größere Schülergruppen in einzelnen Fächern an den Gymnasien und berufsbildenden Schulen und weniger Zweitlehrer-Einsatz an den Neuen Mittelschulen.